

Informationsdienst
der kommunalpolitischen Sprecherin von
Bündnis 90/Die Grünen
im Deutschen Bundestag

Britta Haßelmann



Mai 2010

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Kommunen können kurzfristig etwas aufatmen: nach der Wahl in NRW scheinen weitere Steuersenkungen erst einmal vom Tisch zu sein. Dennoch: Die jüngste Steuerschätzung zeigt: Die Einnahme- und Finanzsituation der Kommunen bleibt mittelfristig auf niedrigem Niveau, die Defizite nehmen bedrohliche Ausmaße an.

Gleichwohl verabschiedet sich die Bundesregierung nicht von ihrem Projekt die Gewerbesteuer abzuschaffen. Zentrale Baustellen, wie die Anpassung des Bundesanteils an den Unterkunftskosten und eine auskömmliche Finanzierung des Kita-Ausbaus, liegen brach.

Neben dem Schwerpunkt Gemeindefinanzen befasst sich dieser Newsletter mit der Reform der Gewerbesteuer, der Finanzierung des Kita-Ausbaus, den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende, Konzessionsverträgen, der Besteuerung von Abfall und Abwasser und vielem mehr.

Wie immer hoffe ich auf Euer/Ihr Interesse und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Britta Haßelmann', written in a cursive style.

Britta Haßelmann

1. Steuerschätzung: Steuersenkungen bescheren den Gemeinden den freien Fall

Am 6. Mai, kurz vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen gaben die Steuerschätzer ihr Ergebnis bekannt: Der Einbruch bei den Steuereinnahmen in 2009 wird in 2010 fortgesetzt trotz langsam erholender Konjunktur. Erst in 2014 erreichen die Kommunen das Steuerniveau von 2008. Bis 2013 werden die Kommunen voraussichtlich 12 Mrd. Euro weniger Steuern einnehmen als noch im November letzten Jahres angenommen.

Die gegenwärtige Debatte um Steuerausfälle verschleiert das Ausmaß des Problems, denn wir diskutieren über weitere Ausfälle auf insgesamt niedrigem Niveau nach dem Einbruch in 2009. Nach dem Wegfall der Investitionshilfen aus dem Konjunkturpaket in 2011 werden sie in der Wirtschaftskrise ein Defizit von 50 bis 60 Mrd. Euro angehäuft haben. Das bedeutet den Kollaps für die Kommunen, die ohnehin schon in einer schwierigen Finanzsituation sind und das Aus für kommunale Zukunftsinvestitionen in Bildung, Umwelt und Soziales. Welche Rolle bereits beschlossene [Steuersenkungen](#) spielen und was die Steuereinbrüche für den kommunalen Gesamthaushalt bedeuten, lesen Sie in meinem [Papier zu den Folgen der Steuerschätzung auf die Gemeindefinanzen](#).

Vor wenigen Tagen hat der [Deutsche Städtetag seine Defizit-Prognose](#) für den kommunalen Gesamthaushalt sogar noch einmal erhöht. Hiernach erhöht sich das Minus, das die Städte und Gemeinden in 2010 voraussichtlich erwirtschaften werden, von 12 auf 15 Mrd. Euro.

2. Gewerbesteuer stabilisieren – nicht abschaffen

Trotzdem der extrem angespannten Finanzlage hat sich Schwarz-Gelb noch nicht von seinem letzten großen Steuerprojekt verabschiedet. Die von ihr eingesetzte Gemeindefinanzkommission diskutiert nach wie vor den „aufkommensneutralen“ Ersatz der Gewerbesteuer durch höhere Anteile an der Umsatzsteuer und kommunale Zuschläge auf die Einkommens- und Körperschaftssteuer. Zum 8. Juli wird ein Zwischenbericht der Kommission erwartet.

Als Grund für die Abschaffung der Gewerbesteuer wird ihre vermeintliche Konjunkturanfälligkeit ins Feld geführt. Die Gewerbesteuer ist jedoch besser als ihr Ruf. Im Vergleich zur Körperschaftssteuer, die im Krisenjahr 2009 um mehr als die Hälfte einbrach, ist die Gewerbesteuer relativ stabil geblieben. Die Abschaffung der Gewerbesteuer würde ein Loch von 29 Mrd. Euro in die Haushalte der Städte und Gemeinden reißen. Ohne Steuererhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger ist diese gigantische Finanzierungslücke nicht zu realisieren.

Statt die BürgerInnen in der Krise mit neuen Steuern zu belasten müssen wir die Gewerbesteuer weiter stabilisieren und stärken. Wir Grüne wollen den bereits mit der Gemeindefinanzreform im Jahr 2003 beschrittenen Kurs fortzusetzen und die Gewerbesteuer weiter verstetigen durch einen stärkeren Einbezug gewinnunabhängiger Elemente (z.B. der Fremdkapitalzinsen) in die Bemessungsgrundlage. Außerdem sollen Freiberufler in die Steuerpflicht einbezogen - dies jedoch auf die Einkommenssteuer anrechnen können.

Mehr dazu in unserem [Bundestags-Antrag „Gewerbesteuer stabilisieren – nicht abschaffen“](#), in meiner [Bundestagsrede](#) und ausführlich zu den Verteilungswirkungen in meinem Papier [„Gewerbesteuer abschaffen heißt Steuererhöhungen für alle“](#).

3. Finanzbedarf für Kita-Ausbau neu ermitteln

Beim sogenannten "Krippengipfel" einigten sich im Jahr 2007 Bund, Länder und Gemeinden darauf, die Kindertagesbetreuung bis 2013 für 35 Prozent der Kinder unter 3 Jahren auszubauen. Nach dem Kinderförderungsgesetz haben Eltern vom ersten August 2013 an einen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

Dieser Rechtsanspruch kommt spät und ist leider nicht ausreichend finanziert. Es fehlt eine ehrliche Kostenkalkulation, die den tatsächlichen Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen enthält und alle Finanzierungsbestandteile aufnimmt. Geschieht dies nicht, drohen die Kommunen zum Ausfallbürgen eines unterfinanzierten Ausbaus der Kindertagesbetreuung zu werden. Wir fordern in einer [Bundestagsinitiative](#) die Bundesregierung auf, unverzüglich den tatsächlichen Bedarf neu zu ermitteln und die Finanzierung des Kita-Ausbaus an diesem Bedarf neu auszurichten.

4. Musteranfrage Kita-Ausbau

Der sozialpolitisch unbedingt notwendige Kita-Ausbau ist nicht nur unzureichend finanziert. Es ist auch zu vermuten, dass Landesmittel an viele Kommunen nur unzureichend weitergeleitet werden. Die finanziellen Wirkungen vor Ort werden höchst unterschiedlich sein. Ich habe deshalb eine Musteranfrage für Eure politische Arbeit vor Ort vorbereitet mit der Bitte, davon reichlich Gebrauch zu machen und Euren Kommunalpolitischen Vereinigungen die Antworten zurückzumelden. Die Musteranfrage findet ihr im Anhang zum Newsletter.

5. Abfall und Abwasser auch künftig ohne Umsatzsteuer

Bürgerinnen und Bürger dürfen aufatmen. Die von Union und FDP geplante steuerliche Gleichstellung von privaten und kommunalen Unternehmen, insbesondere im Bereich der Umsatzsteuer ist offenbar vom Tisch. Abweichend von den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, plant die Bundesregierung konkret doch "keine Maßnahmen, mit denen Aufgaben der Daseinsvorsorge steuerlich belastet werden". Dies geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zu den Plänen der Bundesregierung zur Reform der Umsatzsteuer (BT-Ds. 17/1252 (Fragen 15 ff.)) hervor.

Die Einführung einer Umsatzsteuerpflicht auf Abfall und Abwasser hätte eine Gebührenerhöhung auf bis zu 19 % zur Folge gehabt. Die Anfrage und mehr zum Thema „Gleichstellung von privaten und öffentlichen Unternehmen“ unter <http://britta-hasselmann.de/im-bundestag/anfragen-und-antraege/anfrage-oder-antrag/nachricht/abfall-und-abwasser-auch-kuenftig-ohne-umsatzsteuer.html>

6. Koalition kürzt Bundesanteil an den Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende

In der abschließenden Lesung des Bundeshaushalts am 16. März lehnten Union und FDP einen Änderungsantrag der Grünen in namentlicher Abstimmung ab, den Haushaltsansatz für die Unterkunftskosten um 1,77 Mrd. Euro zugunsten der Kommunen zu erhöhen.

Das Abstimmungsverhalten der Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP zeigt, wie scheinheilig ihr Interesse an den Gemeindefinanzen ist. So wurden auf Betreiben der Koalition die Verhandlungen zu den Unterkunftskosten in dem von den Bundesländern angerufenen Vermittlungsausschuss auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die erneute Senkung des Bundesanteils auf jetzt 23 % hat zur Folge, dass die im Krisenjahr 2010 ansteigenden Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende allein von den Kommunen getragen werden. Während der Bund seine Ausgaben auf 3,4 Mrd. Euro verringert, steigt allein im Jahr 2010 der kommunale Anteil von 10 auf 11 Mrd. Euro.

Die von der grünen [Bundestagsfraktion beantragte Erhöhung um 1,77 Mrd. Euro](#) entspricht einem Bundesanteil von insgesamt 35,9 %. Dieser Anteil wurde vom Deutschen Landkreistag ermittelt und trägt der tatsächlichen Entwicklung der Unterkunftskosten Rechnung. Die SPD verdrängt ihre Beteiligung bei Steuersenkungen und Kürzungen sozialer Kosten zu Zeiten der großen Koalition. Sie fordert in ihrem vielbeschworenen „Rettungsschirm für Kommunen“ lediglich eine Erhöhung des Bundesanteils um vier Prozent und hat unter Arbeitsminister Scholz den Gesetzentwurf, der nun im Bundeshaushalt etatisiert wurde, selbst auf den Weg gebracht.

7. Bundesregierung plant Pauschalierung der Wohnkosten!

Nachdem die Kommunen in den letzten Jahren unter der Last schwindender Einnahmen und steigender Sozialausgaben zu ersticken drohen, zeichnet sich bereits ab, wer den Preis dieser Politik zu tragen hat. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, die Unterkunftskosten für ALG II-Beziehende zu pauschalieren.

Pauschalierung heißt nichts anderes als eine Deckelung der Kosten. Steigende Mieten und Energiekosten müssen die Hilfedürftigen dann aus ihrem ohnehin zu knapp bemessenen Regelsatz finanzieren. Dies ist nicht nur sozialpolitisch unverantwortlich. Es konterkariert auch jede Bemühung um eine soziale Stadtentwicklung. Mehr dazu in meiner [Pressemitteilung](#).

8. Energiepolitik vor Ort vorantreiben – grüne Musterkonzessionsverträge

In den nächsten Jahren laufen zahlreiche Konzessionsverträge aus – die Weichen für eine klimafreundliche Energiepolitik vor Ort, können neu gestellt werden. Kommunen haben die Möglichkeit:

- einen Konzessionsvertrag mit dem bisherigen Netzbetreiber, aber zu fairen Bedingungen abschließen oder
- einen Konzessionsvertrag mit einem neuen Netzbetreiber zu fairen Konditionen abschließen oder
- das örtlichen Stromnetz rekommunalisieren und eigene Stadtwerke gründen.

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg haben gemeinsam mit Rechtsanwaltskanzleien den „Alternativen Musterkonzessionsvertrag“ formuliert. Ihr findet ihn unter <http://www.gruene-bw.de/partei/projektgruppen/fachgruppe-konzessionsvertraege.html>

Mit dem Grünen Musterkonzessionsvertrag verhandeln Kommunen die Neuvergabe der Konzessionsverträge mit den großen Energieversorgungsunternehmen auf Augenhöhe und können sehr konkret den Klimaschutz vor Ort beflügeln. Denn je größer der Einfluss der Kommune auf die Energieversorgung ist, desto besser gelingt es

- Unabhängigkeit von den großen Energiekonzernen zu erreichen
- Erneuerbare Energie und effiziente Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen
- Ökostrom aus lokalen Quellen anzubieten
- Energiespar-Beratung und Energiedienstleistungen voranzutreiben
- Verbraucherinteressen zu berücksichtigen

Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen finden weitere Arbeitsunterlagen und Möglichkeiten zum fachlichen Austausch im grünen „Wurzelwerk“ unter <https://wurzelwerk.gruene.de>. Weitere Informationen und eine Musteranfrage zum Auslaufen von Konzessionsverträgen finden sich auf der Seite der Initiative „[Bürgerbegehren Klimaschutz](#)“.

9. Weitere Informationen zur Kommunalpolitik

Städtepartnerschaften als Beitrag einer transnationalen Nachhaltigkeitspolitik

Städtepartnerschaften von Kommunen sind vielerorts wichtiger Bestandteil kommunalpolitischen Engagements. Zu Unrecht tragen sie den Ruf eines "Bürgermeistertourismus". Vielmehr sind sie wichtiger Bestandteil einer "kommunalen Außenpolitik" und sind geeignet, einen kommunalen Beitrag zu einer transnationalen Politik der Nachhaltigkeit zu leisten.

Mehr dazu in einer Analyse von Albert Statz und Charlotte Wohlfarth im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung unter <http://www.kommunale-info.de/index.html?/infothek/3897.asp>

Auf dem Weg zur grünen kommunalen Mehrheitspartei?

So lautet der Titel des [2. Kommunalpolitischen Bundeskongress der Heinrich-Böll-Stiftung](#), der in Berlin vom 18. - 19. Juni statt findet. Der Kongress beleuchtet u.a. die Möglichkeiten kommunaler Investitionen angesichts leerer Kassen.

Union und FDP weichen Investitionshilfen im Konjunkturpaket auf

Die Koalitionsfraktionen lösen einen Teil ihrer Kompensationsversprechen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein. Das Kriterium der Zusätzlichkeit der Investitionen in den Kommunen, die mit dem Konjunkturpaket II finanziert werden, ist in Teilen aufgehoben worden.

Mehr unter <http://britta-hasselmann.de/themen/kommunales/kommunales/nachricht/union-und-fdp-weichen-investitionshilfen-im-konjunkturpaket-auf.html>

Rechtsprechung

Bundesverfassungsgericht: Die Zweitwohnungssteuer ist zulässig. Das Gericht hat die Verfassungsbeschwerden eines Polizeibeamten aus Bayern sowie eines Studenten aus Aachen nicht zur Entscheidung angenommen (Az.:1 BvR 529/09 und 1 BvR 2664/09 - [Beschlüsse vom 17. Februar 2010](#))

Europäischer Gerichtshof: Der EuGH lockert die Ausschreibungspflicht für Kommunen bei städtebaulichen Verträgen. Das Urteil ist unter Eingabe des AZ. C 451/08 unter <http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> abrufbar.

Siehe auch die Kommentierung des Deutschen Städtetages

<http://www.staedtetag.de/10/pressecke/pressediens/artikel/2010/03/25/00691/index.html>

Britta Haßelmann MdB
Sprecherin für Kommunalpolitik, Demografie und Altenpolitik der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-74505
Telefax: +49 (0)30 227-76643
Mail: britta.hasselmann@bundestag.de
www.britta-hasselmann.de